

8. Max Weber: Die Presse als Forschungsfeld

Max Weber (1864 bis 1920) hat weder eine Theorie der öffentlichen Kommunikation entwickelt noch eine Forschungsarbeit veröffentlicht, die sich mit der Presse oder mit dem Journalismus beschäftigt. Weber wird als Agrarhistoriker in Anspruch genommen, als Nationalökonom und als Philosoph, als Wissenschaftstheoretiker, als Politiker und natürlich als Soziologe (vgl. Kaesler 2002c: 207). Der Kommunikationswissenschaft hat er lediglich einen Plan hinterlassen – einen Vorschlag für eine »Enquête über das Zeitungswesen«, vorgetragen auf dem ersten Deutschen Soziologentag 1910 in Frankfurt am Main (Weber 1911). Neben dieser Rede gibt es noch einen siebenseitigen »Vorbericht«, in dem Weber die Ziele der geplanten Untersuchung erläuterte (vgl. Weber 2001; Kutsch 1988b; Hardt 1979: 174–182). Horst Pöttker hat in seiner Textsammlung »Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Auftrag« außerdem Auszüge aus Webers Rede »Politik als Beruf« (1919) abgedruckt. Dort finden sich Gedanken über das Ansehen des Journalistenberufs und zur Ethik (vgl. Pöttker 2001a: 329–347).



Abbildung 34: Max Weber (1864 bis 1920)

Auch wenn die »Enquête über das Zeitungswesen« als »der bedeutendste Ansatz zur sozialwissenschaftlichen Erforschung von Zeitung und Journalismus« zu Beginn des 20. Jahrhunderts gilt (Kutsch 1988b: 5), mag die Aufnahme Webers in dieses Buch angesichts eines solch überschaubaren Erbes verwundern. Natürlich ist es schon aus Marketinggründen gut, im Inhaltsverzeichnis wenigstens eine Säule der internationalen »Soziologischen Dreifaltigkeit« zu haben, zu der neben Max Weber Karl Marx und Emile Durkheim gehören (vgl. Kaesler 2002c: 206), und natürlich ist Max Webers Gesamtwerk für die Kommunikationswissenschaft genauso von Interesse wie für jede andere Sozialwissenschaft. Genügt das, um aus ihm einen »Klassiker der Kommunikationswissenschaft« zu machen? Diese Frage stellt sich auch deshalb, weil Webers Vorschlag für eine Presse-Enquête von den meisten Biographen ignoriert oder bestenfalls am Rande erwähnt wird (vgl. exemplarisch Fügen 1985; Riley 1991; Schöllgen 1998; Kaesler 1998). Anthony Oberschall, der Mitte der 1960er Jahre den Wurzeln der empirischen Sozialforschung in Deutschland nachgegangen ist, hat diese Lücke auf das Scheitern des Projekts zurückgeführt. Webers historische und theoretische Arbeiten seien schon deshalb tradiert worden, weil sie »offensichtlichen Erfolg« gehabt hätten, während all seine Bemühungen, »eine dauerhafte Tradition der Sozialforschung zu begründen«, letztlich fehlgeschlagen seien (Oberschall 1997: 223).

Obwohl namhafte Wissenschaftler, Verleger und Journalisten bereit waren, sich an der »Enquête über das Zeitungswesen« zu beteiligen, und obwohl beträchtliche Finanzmittel bereitstanden, blieb das Projekt Programm. Max Weber sagte 1912 in seinem »Rechenschaftsbericht« auf dem zweiten Deutschen Soziologentag, dass die Angelegenheit stocke, weil er in einen Presseprozess verstrickt sei (vgl. Kutsch 1988b: 11). Auch nach dem Ende dieses Beleidigungsprozesses gegen den Historiker Adolf Koch, der in Heidelberg ein Journalistisches Seminar leitete (vgl. Kapitel 3), nahm Weber den Faden für eine Presse-Enquête nicht wieder auf. In der Literatur wird dies mit dem Desinteresse im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie begründet, mit der Skepsis gegenüber Umfragen und gegenüber kollektiver Forschungsarbeit sowie mit einem geistigen Klima, das sozialwissenschaftlichen Versuchen misstraute, weil sie mit »linken« politischen Ideen verbunden zu sein schienen (Marianne Weber 1926; Kutsch 1988b: 5; Oberschall 1997: 220–223). Bereits Webers Ehefrau Marianne hat außerdem auf die Folgen des Prozesses gegen Adolf Koch hingewiesen. Max Weber hatte einen Artikel in den »Dresdner Neuesten Nachrichten« von Anfang 1911 als persönliche Kränkung gewertet. Dort war behauptet worden, er sei aus Gesundheitsgründen einer Duellforderung ausgewichen. Der Autor wurde von Weber solange unter

Druck gesetzt, bis er preisgab, die Informationen von Adolf Koch bekommen zu haben. Max Weber hatte Koch bei der Presse-Enquête übergangen, vermutete nun Rache und zog vor Gericht. Da der Prozess nur durch einen Bruch des Redaktionsgeheimnisses möglich geworden war, glaubte Weber offenbar, nicht mehr auf das Wohlwollen der Praktiker rechnen zu können, und gab seinen Enquête-Plan auf (vgl. Obst 1986; Oberschall 1997: 225f.). Auf der Habenseite stehen so nur einige wenige Dissertationen, die durch Webers Vorschlag angeregt worden sind (vgl. Kutsch 1988b: 24). Anthony Oberschall behandelte die »Enquête über das Zeitungswesen« unter der Überschrift »Presse und Meinungsforschung: Die Geschichte eines Versäumnisses« (Oberschall 1997: 175–180).

Selbst ein solches Versäumnis hat aber das Zeug zum »Klassiker«. Oberschalls Buch von 1965 ist 1997 ins Deutsche übersetzt worden mit dem Ziel, ein Studienfach »Empirische Sozialforschung« zu begründen. In seinem Vorwort beklagte Thomas Petersen vom Allensbacher Institut für Demoskopie das »auffallende Desinteresse an der deutschen Vorgeschichte der Sozialforschung« – mit Betonung auf dem Wort »deutsch«. Oberschalls Studie zeige, dass die Entwicklung der empirischen Sozialforschung hierzulande vor dem Ersten Weltkrieg abgebrochen wurde, weil man die Notwendigkeit von fest eingerichteten Forschungslaboratorien nicht gesehen habe. Für die Gegenwart sei dieses Scheitern mindestens »eine Warnung« (Petersen 1997: 9–11). Petersen knüpfte damit an ähnliche Versuche aus den frühen 1960er Jahren an. Damals hatten Elisabeth Noelle-Neumann, Fritz Eberhard und Hans Wagner an Max Webers Presse-Enquête erinnert, um ihre jeweiligen Forschungsinteressen zu legitimieren. Wagner machte Weber dabei zu einem Ahnherrn der »Münchener Schule« der Zeitungswissenschaft. Es sei »ohne Frage mehr als ein Zufall«, dass mit Otto Groth (1875 bis 1965) und Bernd Maria Aswerus (1909 bis 1979) gleich zwei Protagonisten dieser Schule auf Weber zurückgreifen würden. Außerdem behauptete Wagner, dass die Presse-Enquête von 1910 »weitgehend auf eine Inhaltsanalyse« hinausgelaufen wäre (Wagner 1965: 233f.) – auf die Methode, mit der Hans Wagner selbst dann in München vorwiegend gearbeitet hat. Fritz Eberhard und Elisabeth Noelle-Neumann wiederum beriefen sich auf die Autorität Max Weber, um für eine sozialwissenschaftliche Neuorientierung der Publizistikwissenschaft zu werben und dabei vor allem das Argument zu entkräften, empirische Methoden seien ein Import aus den USA (Noelle-Neumann 1963; Eberhard 1963).

Diese Beispiele zeigen, dass auch ein Plan die Zeiten überdauern kann, wenn er denn in der jeweiligen Gegenwart den eigenen Interessen zu nutzen scheint. Die Prominenz Webers hat sicher geholfen, dass die Kommunikationswissenschaft auf seine Presse-Enquête aufmerksam wurde. Was

kann einem kleinen Fach besseres passieren als ein Plan des großen Max Weber, zumal es sich nicht um irgendeinen Vorschlag handelte, sondern um die erste Untersuchungs-Idee, die er dem ersten Deutschen Soziologentag unterbreitete? Wem das zu negativ klingt: Otto Groth hat bereits 1948 von einem »großen bahnbrechenden Werk« gesprochen (Groth 1948: 297) – lange bevor die »Fabrikation Max Webers zum Klassiker der Soziologie« begann (Kaesler 2002c: 206). Groth hatte allerdings eine besondere Beziehung zum »genialen« Vordenker (Groth 1948: 299). Er war Webers Rat gefolgt und hatte in seiner Dissertation die Verteilung des Stoffes in zehn württembergischen Zeitungen gemessen (vgl. Groth 1915; Eberhard 1965). Vielleicht ist Hanno Hardt deshalb ein besserer Kronzeuge. Hardt schrieb 1979, dass Weber durch seine wissenschaftliche Sozialisation in der Lage gewesen sei, die Beziehungen zwischen Presse und Gesellschaft zu thematisieren und die wichtigsten Untersuchungsfragen auf diesem Gebiet zu benennen. Sein Vorschlag für eine »Enquête über das Zeitungswesen« von 1910 sei eine umfassende Agenda für die Forschung auf dem Gebiet der Massenkommunikation und habe viele der Ideen vorweggenommen, die sich dann vor allem in den Vereinigten Staaten einige Jahrzehnte später entwickelt hätten (Hardt 1979: 173).

1. Leben und Werk

Zu keinem der Autoren, die in diesem Buch vorgestellt werden, gibt es so viele biographische Arbeiten wie zu Max Weber. Es ist deshalb nicht nötig und auch gar nicht möglich, auf wenigen Zeilen »den ganzen Weber« zu präsentieren. Erste Quelle hierfür ist immer noch Marianne Weber, die nicht nur den Nachlass ihres Mannes ordnete und nach seinem Tod vier Bände mit gesammelten Werken veröffentlichte, sondern auch ein »Lebensbild« schrieb (Weber 1926; vgl. Kaesler 2002c: 205, dort auch weitere Literaturhinweise). Seit 1982 erscheint die Max-Weber-Gesamtausgabe, in der alle Schriften, Briefe und Vorlesungen Webers publiziert und kommentiert werden sollen.

Um zu erklären, warum Max Weber dem jungen Fach Soziologie als erste Aufgabe ausgerechnet eine Untersuchung des Zeitungswesens vorgeschlagen hat, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf Webers Verhältnis zur Presse und zur Öffentlichkeit (vgl. Hardt 1979: 159–164). Die wichtigsten Lebensstationen und einige zentrale Werke finden sich in Abbildung 35. Als Max Weber 1920 in Heidelberg beigesetzt wurde, war nicht abzusehen, dass er eines Tages als bedeutendster deutscher Soziologe gelten würde (Kaesler 2002c: 205). Zu Lebzeiten war Weber nicht

die berühmte Persönlichkeit, die wir uns heute vorstellen mögen, weil wir seinen Nachruhm kennen. Max Weber war bekannt im Kaiserreich, aber nicht so sehr als Wissenschaftler, sondern vor allem als Politiker und als Publizist (Hardt 1979: 163). Die steile Karriere, die ihn im Alter von nur 32 Jahren als Nachfolger von Karl Knies (vgl. Kapitel 5) auf den Heidelberger Lehrstuhl für Nationalökonomie führte (vgl. Abbildung 35), war kein Zufall. Sein Elternhaus hatte Vermögen und schon durch die gesellschaftliche Position des Vaters Max Weber senior (1836 bis 1897) Kontakt zur Berliner Elite. Bei den Webers gingen die Spitzen der Nationalliberalen Partei genauso ein und aus wie die Akademiker Heinrich von Treitschke (1834 bis 1896), Wilhelm Dilthey (1833 bis 1911) oder Theodor Mommsen (1817 bis 1903).

Bei diesem Umfeld war die Laufbahn, die Max und sein jüngerer Bruder Alfred Weber (1868 bis 1958) einschlugen, nichts Ungewöhnliches. Dies gilt genauso für Max Webers Anspruch, sich über die Presse in Tagesfragen einzumischen. Auch hier gab es eine familiäre Vorbelastung. Der Vater hatte in seiner Jugend das »Preußische Wochenblatt« redigiert (Fügen 1985: 13). Max Weber hat dann sein ganzes Leben für die Tagespresse geschrieben, jahrelang vor allem für die »Frankfurter Zeitung«, eine der führenden liberalen Zeitungen im Kaiserreich, aber auch für das »Berliner Tageblatt«, für die »Berliner Börsenzeitung« oder für die »Münchener Neuesten Nachrichten« (Hardt 1979: 161). Seine Themen: die Demokratisierung Deutschlands, die Rolle des Kaisers, Außen- und Innenpolitik, akademische Freiheit. Theodor Heuss hat vermutet, dass Weber sich selbst in der Rolle eines direkten Widersachers von Wilhelm II. (1859 bis 1941) gesehen hat (Heuss 1958: XVI).

Bei der »Frankfurter Zeitung« konnte Max Weber seine Gegenstände frei wählen und so schreiben, wie er wollte. Dies erklärt vielleicht, warum er immer wieder betont hat, den Journalismus und hier vor allem den Ideenaustausch mit intelligenten Journalisten zu mögen und zu brauchen (vgl. Heuss 1958: XXIV). Mindestens genauso hat er wahrscheinlich das Gefühl gebraucht, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Als Hochschullehrer ist Max Weber früh gescheitert. Schon nach wenigen Semestern in Heidelberg war er so erschöpft, dass er Lehrveranstaltungen absetzen musste und um Entlassung bat. Es folgte das, was Marianne Weber »Höllenfahrt« genannt hat und Gregor Schöllgen die »Kehrseite« von Webers »Bilderbuchlaufbahn« (Schöllgen 1998: 18): Sanatorium und Nervenheilanstalt, Schlaflosigkeit, Unrast und Streitsucht, Arbeitsunfähigkeit, schließlich 1903 das Ausscheiden aus dem akademischen Lehramt (vgl. Fügen 1985: 63–77). Wenn es stimmt, das Weber davon träumte, ein Staatsmann zu sein oder wenigstens ein Parteiführer (Aron 1967: 282),

dann war der Leitaufsatz in der »Frankfurter Zeitung« zwar nur ein schwacher Ersatz, aber immer noch besser, als zwei Doktoranden zu betreuen. Die Presse blieb für Weber bis zum Schluss eine berufliche Alternative zur Universität. Als er 1919 in München lehrte (vgl. Abbildung 35), schrieb er seiner Frau, dass er nichts dagegen hätte, »in eine Zeitung oder einen Verlag einzutreten, statt Professor zu spielen«. Die »Kollegschwätzerei« könne ihn »seelisch« nie ganz befriedigen (Fügen 1985: 118).

Abbildung 35: Max Weber – Lebensstationen

- 1864 Max Weber wird am 21. April in Erfurt geboren. Vater: Politiker, Mutter: vermögende Erbin
- 1869 Umzug der Familie Weber nach Berlin; Vater Max wird Dezernent für das Bauwesen, hat für die Nationalliberalen ein Landtagsmandat (ab 1868) und später einen Sitz im Reichstag (1872–1884)
- 1882 Studium (Heidelberg, Berlin, Göttingen). 1886 Jurist, 1889 Promotion, 1891 Habilitation
- 1892 »Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland«
- 1893 Hochzeit mit seiner Großcousine Marianne Schnitger (keine Kinder)
- 1894 Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Freiburg
- 1896 Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Heidelberg (Nachfolge Karl Knies)
- 1903 Ausscheiden aus dem akademischen Lehramt: freischaffender Privatgelehrter
- 1904 »Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis«
- 1905 »Die protestantische Ethik und der »Geist« des Kapitalismus«
- 1909 Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
- 1910 Vorschlag für eine Presse-Enquête, 1. Deutscher Soziologentag
- 1913 »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie«
- 1917 »Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften«
- 1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei
- 1919 »Politik als Beruf« (Vortrag in München, 1917 »Wissenschaft als Beruf«, München)
- 1919 Lehrstuhl für Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Nationalökonomie, München
- 1920 Max Weber stirbt am 14. Juni in München
-
-

Wegen seiner besonderen Beziehung zur Presse ist es nicht verwunderlich, dass Weber die journalistische Laufbahn als einen »der wichtigsten Wege der berufsmäßigen politischen Tätigkeit« beschrieben hat. In seiner

Rede ›Politik als Beruf‹ bedauerte er im Januar 1919, dass Journalisten nur in der Sozialdemokratie die Chance hätten, in politische Führungspositionen aufzusteigen. Weber begründete dies vor allem mit der sozialen Position des Berufsstandes: Ein Journalist habe kein Vermögen und arbeite abhängig. Er sei deshalb gezwungen, »täglich oder doch wöchentlich« zu schreiben, und werde so »im Machtaufstieg« gebremst. Außerdem würden »die seltsamsten Vorstellungen über die Journalisten und ihre Arbeit« umgehen. Genau wie der Künstler gehöre der Journalist »zu einer Art von Pariakaste, die in der ›Gesellschaft‹ stets nach ihren ethisch tiefstehenden Repräsentanten sozial eingeschätzt wird«. Weber hielt dagegen, dass »eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens so viel ›Geist‹ beansprucht wie irgendeine Gelehrtenleistung – vor allem infolge der Notwendigkeit, sofort, auf Kommando hervorgebracht zu werden«, und das bei mindestens genauso großer Verantwortung. Angesichts der hohen moralischen Anforderungen, die der Verkehr mit den »Mächtigen der Erde« mit sich bringe, war Weber weniger über die »vielen entgleisten oder entwerteten Journalisten« erstaunt, sondern eher über die »große Zahl wertvoller und ganz echter Menschen« in diesem Beruf (Weber 2001: 334–338). Wenn Weber bei vielen Publizisten das Charisma sah, das ein politischer Führer braucht, dann kann dies durchaus als Selbstbeschreibung gelten.

2. Die »Enquête über das Zeitungswesen«

Dass Max Weber der Deutschen Gesellschaft für Soziologie als allerersten Untersuchungsgegenstand eine Soziologie der Presse vorgeschlagen hat, hatte sicher Auswirkungen auf die Institutionalisierung der Zeitungswissenschaft (vgl. Kapitel 3). Weber beschrieb die Presse als ein Objekt, das wissenschaftliche Anstrengungen verdient. In seinem »Geschäftsbericht« auf dem Soziologentag von 1910 sagte er, dass es überhaupt nicht nötig sei, über die Bedeutung der Presse zu sprechen. Selbst der Vergleich mit kommandierenden Generalen sei nur ein schwaches Bild, weil es eigentlich nichts Vergleichbares gebe (Hardt 1979: 175). Genau wie Emil Löbl schlug Weber vor, die Presse aus dem Gedächtnis zu streichen und sich dann zu überlegen, wie das moderne Leben aussehen würde ohne diese Art von Öffentlichkeit (vgl. Löbl 1903: 215). Auch in dem Themenkatalog, den Max Weber in seinem »Vorbericht« ausgebreitet hat (vgl. Abbildung 37), finden sich viele der Punkte wieder, die Emil Löbl sieben Jahre vorher angetippt hatte (vgl. Kapitel 7). Löbels Buch ›Kultur und Presse‹ wurde von Weber auf dem Soziologentag ausdrücklich erwähnt (vgl. Hardt 1979: 175). Beide hielten die Presse für ein wichtiges Instrument des sozialen

und politischen Wandels, wo Emil Löbl aber bereits Gewissheit hatte, sah Max Weber Forschungsbedarf. Um diesen Unterschied an einem Beispiel zu verdeutlichen: Während Löbl behauptete, dass die »Qualität des Denkens« früher (in der Zeit vor der Ausbreitung der Presse) besser gewesen sei und dass die Zeitung den Lesern die Fähigkeit zur Konzentration raube (Löbl 1903: 219, 228f.; vgl. Kapitel 7), fragte Weber, »zu welchen formalen Änderungen der Ausdrucks- und Denkweise« die Presse erziehe und wie das »Wissens- und Diskussionsbedürfnis durch die zugleich »sachliche« und »emotionale« Stilisierung der Zeitungsnachrichten und der Zeitungskritik« beeinflusst werde (Weber 2001: 323f.).

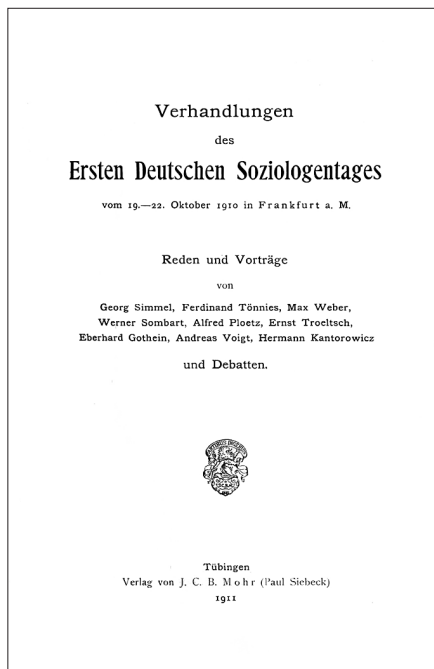


Abbildung 36: 1. Deutscher Soziologentag – Titelblatt des Tagungsbandes

Wie bei vielen anderen Problemen regte Weber hier den Vergleich mit dem Ausland an, vor allem mit »Amerika«. Er war 1904 zweieinhalb Monate in den USA gewesen (Fügen 1985: 81f.) und konnte deshalb aus eigener Erfahrung berichten, dass der Amerikaner von seiner Zeitung ausschließlich Fakten erwarten würde und dass die US-Presse bei einer

Elitenhochzeit detailliert über die physischen und psychologischen Vorzüge der Braut sowie über ihre Mitgift informiere – etwas, was in Deutschland bei keiner Zeitung mit Selbstachtung vorstellbar sei. Weber kannte außerdem die Verhältnisse in Großbritannien, Italien, Frankreich, in den Niederlanden und in der Schweiz (Kutsch 1988b: 6) und wollte wissen, woher die beobachtbaren Unterschiede kommen (Hardt 1979: 175f., 179). Wenn man will, kann man auch den Blick ins Ausland als Parallele zu Emil Löbl beschreiben (vgl. Kapitel 7). Dieser Blick spielte dann für die entstehende Zeitungswissenschaft eine zentrale Rolle. Karl Bücher (1847 bis 1930) und Karl d’Ester (1881 bis 1960) ließen in Leipzig und München Ausländer über die Presse in ihren Heimatländern promovieren, und die Fachzeitschrift »Zeitungswissenschaft« wurde 1926 als »Zeitschrift für internationale Zeitungsforschung« gegründet und berichtete regelmäßig über andere Länder (vgl. Meyen 2002; Meyen 2004b: 35f.).

Die Anlage dieses Klassiker-Buchs erlaubt nicht, Webers Vorschlag im Detail zu diskutieren. Bei fast jedem Punkt ließe sich Hanno Hardts These belegen, dass in der »Enquête über das Zeitungswesen« vieles von dem benannt worden ist, was die Kommunikationswissenschaft heute macht. Die Zusammenfassung in Abbildung 37 lehnt sich an die Weberische Diktion an – eine Aufzählung mit vielen Fragezeichen und wenigen Verben. Wie kompliziert sich Max Weber die Wechselbeziehungen zwischen Massenmedien und Gesellschaft gedacht hat, ist den verschlungenen Formulierungen der »letzten Ziele« zu entnehmen, der Ziele, die man angehen kann, wenn die Fragen in den Bereichen »Zeitungsgeschäft« und »Zeitungsgesinnung« beantwortet sind. Weber blieb nicht bei der damals weit verbreiteten Überzeugung stehen, dass alles Gedruckte einen überwältigenden Einfluss auf die Menschen habe (vgl. Oberschall 1997: 179 und exemplarisch Kapitel 6 zu Albert Schäffle), sondern fragte umgekehrt auch nach dem Einfluss, den die Gesellschaft auf die Presse hat.

Dass Weber sich außerdem für den Freiraum der Journalisten interessierte, hat auch mit seinen Erfahrungen als Autor zu tun. 1919 klagte er, dass es unmöglich sei, als Außenstehender in eine Redaktion hineinzuregieren (Hardt 1979: 162). In der »Enquête über das Zeitungswesen« wollte er klären, welche Möglichkeiten der Journalismus dem Einzelnen bietet, öffentlich Einfluss zu nehmen (Kutsch 1988b: 9). Wie wird die »Haltung der Zeitung« gesichert und welchen Einfluss haben der Leserkreis, die Tradition des Blattes, Anzeigenkunden oder der Besitzer? Wie funktioniert das Sozialsystem Redaktion? Welche Rolle spielen »Kollektivismus und Individualismus bei der Schaffung des Zeitungsinhalts« und welche »zugkräftige Namen« (vgl. Abbildung 37)? Weber-Biograph Dirk Kaesler hat die Vermittlung von »Individuum« und »Gesellschaft« den »spezifi-

Abbildung 37: Webers Vorschlag für eine Presse-Enquête (1910)

Ziele

(«letzte Ziele», «ausgerichtet (...) auf die großen Kulturprobleme der Gegenwart»)

I. »Die Art der Bildung jenes Apparates von psychischen Suggestionen, durch welche die moderne Gesellschaft kontinuierlich den einzelnen sich einzufügen und anzupassen trachtet: die Presse als eins der Mittel zur Prägung der *subjektiven Eigenart* des modernen Menschen,

II. die durch die öffentliche Meinung, deren wichtigste Determinante heute die Zeitung ist, geschaffenen Bedingungen für die Entstehung, Erhaltung, Untergrabung, Umbildung von künstlerischen, wissenschaftlichen, ethischen, religiösen, politischen, sozialen, ökonomischen Kulturbestandteilen: die Presse als Komponente der *objektiven Eigenart* der modernen Kultur.«

Fragen und Probleme

A. Das Zeitungsgeschäft

I. *Besitzer der Zeitungen*

(Entwicklung in den letzten Jahrzehnten; Einfluss der Besitzer auf die »Richtung«, Grenzen dieses Einflusses; Aufnahme von Richtungsänderungen bei den Lesern)

II. *Kapitalbedarf und Kapitalumschlag*

III. *Laufende Produktionskosten*

(Vergleich mit dem Ausland)

- a) Papier, Druckerei, Versand, andere sachliche Kosten
- b) Bedarf an Redakteuren, Kosten
- c) Nachrichtenkosten

IV. *Art der Stoffbeschaffung*

1. »von außen her«: Nachrichtendienst (Rolle der großen Agenturen, Kartelle), Beilagenfabriken, Partei- und politische Korrespondenzen, amtliche/offizielle Stoffe, Handelsnachrichten
 2. »Innerer Dienst und Art der Stoffverteilung«
 - Rolle des Leitartikels
 - Mehrfachausgaben
 - Amerikanismus (Stoffanordnung, Überschriften, Gewicht der Rubriken – Einfluss auf das Lesen),
 - Stoffverteilung und Personal (wie wird einheitliche Haltung gesichert, Einfluss der Anonymität)
-
-

3. *Annoncendienst/ Annoncenakquisition*

(einschließlich »Abschätzung der Annoncenwirkung«)

- Psychologische Grenzen der Wirksamkeit einzelner Reklameformen
- Interessenkonflikte zwischen Zeitung und Geschäft; Bedeutung der materiellen Abhängigkeit
- Einflussversuche, Verhältnis von Reklame und Text; versteckte Werbung

V. *Einnahmen der Zeitung*

(Auflage, Papiergrenze, Annoncen-Rentabilität, andere Verlagsgeschäfte)

VI. *Konkurrenz und Monopol:*

Verschmelzung von Zeitungen; welche Zeitungstypen siegen warum (geschäftliche, politische Gründe); Trustbildung (USA, England); Zeitungsverlegerverband

VII. *Zeitung und Journalismus:*

Anforderungen an Journalisten, Auslese, Anpassung an das Zeitungsgeschäft; Vorbildung, Laufbahncancen, Einflussmöglichkeit auf den »Geist« der Zeitung

VIII. *Sonstige Zeitungsbeamte*

B. Die Zeitungsgesinnung

I. *Produktion der Gesinnung*

(Kollektivismus und Individualität; Anonymität: Ursachen und Folgen)

II. *Beeinflussung der Zeitung von außen*

1. Gebundensein der formell freien Zeitung: Tradition, Besitzer, Käufer (Gesinnung des Leserkreises)
2. Die programmgebundene Zeitung (Zentrum, SPD, bürgerliche Presse)
3. Politische Parteien und formal freie Presse

III. *Produktion öffentlicher Meinung durch die Presse*

1. Art der Zeitungselektüre, Stilisierung der Lektüre z.B. durch den Druck
 2. Welche anderen Lektüreobjekte verdrängt die Presse?
 3. Zu welcher Lektüre und welcher Ausdrucks- und Denkweise erzieht die Presse?
 4. Einfluss auf die Alltagssprache
 5. Wen macht die Presse berühmt? Wen reizt Zeitungsruhm? Von wem schweigt die Zeitung warum?
 6. Ansprüche an den Zeitungsinhalt: Geschlecht, Beruf, Schicht
 7. Maß der Diskretion, Diskretionsprinzipien
 8. Zeitungspublizität und öffentliche Moral
-
-

schen »Blick« Max Webers genannt (Kaesler 1998: 265ff.). Für ihn sei das eine ohne das andere nicht denkbar. Zentrale Kategorie der verstehenden Soziologie Webers ist der »subjektive Sinn«, den Menschen mit ihren Handlungen verbinden. Gesellschaftliche Strukturen setzen sich danach aus Handlungs-Bündeln zusammen, die dem Individuum zwar als »objektive Wirklichkeit« begegnen, aber zugleich »subjektiv« mitbestimmt und verändert werden können (Weber 1913, vgl. Kaesler 1998: 265ff.). Die hier angelegte »Verbindung von Mikro- und Makrosoziologie« (Kaesler 2002c: 210) findet sich in Max Webers Vorschlag für eine Zeitungs-Enquête wieder.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung war für ihn die Organisation der Presse als Privatunternehmen. In seiner Rede auf dem Soziologentag von 1910 sagte er, dass die Verlage notwendigerweise kapitalistische Betriebe seien, und wies zugleich darauf hin, dass die Presse im Gegensatz zu allen anderen Geschäftszweigen auf zwei vollkommen unterschiedlichen Märkten agiere (Leser und Anzeigen) – auf Märkten, zwischen denen es eine besondere Beziehung gebe (Hardt 1979: 176). Die »materielle Abhängigkeit der Zeitungen vom Annoncenertrag« hatte Weber ebenso im Blick wie mögliche »Interessenkonflikte (...) zwischen Zeitungen und Annoncengeschäften«, anders als Albert Schäffle oder Karl Bücher (vgl. Kapitel 6) kritisierte er diesen Zustand aber nicht (Weber 2001: 320). Weber sagte, dass es bei der Zeitungs-Enquête »nicht im entferntesten« darum gehe, »Gericht sitzen zu wollen über den faktischen Zustand«. Die Untersuchung werde »nichts weiteres« tun als festzustellen: »Was besteht? Warum besteht es gerade so, wie es besteht? Aus welchen historischen und sozialen Gründen?« (Kutsch 1988b: 8). Die Beschränkung auf die Analyse entspricht der wissenschaftlichen Grundposition, die Max Weber im so genannten Werturteilsstreit vertreten hat. Er lehnte es ab, politische Ziele mit wissenschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen. In seiner Rede »Wissenschaft als Beruf« sagte Weber 1917 in München, dass »das volle Verstehen der Tatsachen« aufhöre, »wo immer der Mann der Wissenschaft mit seinem eigenen Werturteil kommt« (Weber 1988: 602).

3. Gründe für das Scheitern der Enquête

Auch wenn der Vorschlag für eine »Enquête über das Zeitungswesen« thematische Defizite haben mag (Arnulf Kutsch hat auf die »Ausblendung der Rechtsgrundlagen oder des staatlichen Einflusses auf die Presse« hingewiesen, Kutsch 1988b: 8), hat Max Weber der entstehenden Zeitungs-

wissenschaft einen riesigen Ideensteinbruch hinterlassen. Warum hat das Fach diese Anregungen nicht aufgegriffen und sich erst wieder an Webers Plan erinnert, als es in den 1960er Jahren darum ging, die sozialwissenschaftliche Wende zu legitimieren? Natürlich lassen sich hier zunächst die gleichen Gründe anführen, die in der Einleitung dieses Kapitels für das Scheitern der Enquête in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie genannt worden sind: der Prozess gegen Adolf Koch, die Ablehnung sozialwissenschaftlicher Forschung, verstärkt vielleicht durch die Zeitumstände. Der Weltkrieg dürfte die Prioritäten verschoben haben (vgl. Hardt 1979: 183). Dazu kommt der Sprachstil Webers, der eher an ein Brainstorming erinnert als an eine wissenschaftliche Abhandlung und »dem heutigen Leser in gewisser Hinsicht befremdlich« ist (Kutsch 1988b: 9).

Wichtiger aber dürften die beiden Voraussetzungen sein, von denen die »Enquête über das Zeitungswesen« abhing. Weber benötigte das Wohlwollen der Verleger und er benötigte ein Heer von Mitarbeitern. Das Wort Wohlwollen ist dabei eigentlich noch zu schwach. Um die Ziele der Enquête zu erreichen, mussten die Verlage mitarbeiten und letztlich ihre Geschäftsbücher öffnen. Weber wusste um dieses Problem. Gleich zu Beginn seines »Vorberichts« verlangte er »Garantien für Diskretion« und fragte, ob nicht wenigstens die »Allgemeine Zeitung« aus Augsburg die »wichtigsten Zahlen« zur Verfügung stellen könne – ein Blatt, das nicht mehr existierte (Weber 2001: 317). Arnulf Kutsch hat vermutet, dass das »Wettbewerbs- und Gewinndenken der Presseunternehmen« und die daraus folgende Verweigerung gegenüber Fragebogenaktionen die entscheidenden Gründe für das Scheitern der Zeitung-Enquête gewesen seien (Kutsch 1988b: 20). Zu der fehlenden Bereitschaft, Interna preiszugeben, kamen generelle Zweifel an der Umfrageforschung. Ein Fachblatt für Journalisten und Schriftsteller empfahl Ende 1910, Fragebögen dahin zu tun, »wo sie hingehören« – »in den Papierkorb« (Kutsch 1988b: 17). Das hier artikulierte Unbehagen und das Misstrauen gegenüber der Validität des Instruments sind auch im Zeitalter der repräsentativen Stichproben nicht verschwunden (vgl. Noelle-Neumann/Petersen 1998: 40–58).

Ein mindestens genauso hohes Hindernis für den Enquête-Vorschlag von 1910 war der Personalbedarf. Es ging Weber nicht um eine einzelne Zeitung oder um ein spezielles Problem, sondern buchstäblich um »alles«: um die historische Entwicklung, um den Vergleich mit dem Ausland, um die Organisation der Zeitungsproduktion, um die Inhalte und natürlich um die Wirkungen, angefangen bei der Wirkung der verschiedenen Reklameformen bis hin zu den Denkstrukturen und zur »Schrift- und Literatursprache«, ein Problem, das »nur als sorgfältige philologische Facharbeit zuverlässig zu behandeln« sei (Weber 2001: 324). Diese Komplexität

spiegelt sich in der von Weber vorgeschlagenen *Methodenvielfalt* (Kutsch 1988b: 8):

- Inhaltsanalysen (»Durcharbeitung von Zeitungen mit der Schere«),
- schriftliche und mündliche Befragungen,
- teilnehmende Beobachtung (»Reisen speziell dazu auszulesender Persönlichkeiten ins Ausland: (...) Volontärdienst in der dortigen Presse im eigenen Fortbildungsinteresse«),
- statistische Erhebungen,
- Dokumenten- und Quellenanalysen (Handelsregister, Zeitungsarchive, Geschäftsbücher),
- historische, komparatistische, sprachwissenschaftliche Studien.

Dass die junge Zeitungswissenschaft auf lange Sicht nicht in der Lage war, ein solches Programm umzusetzen, ist in Kapitel 3 ausführlich dargestellt worden. Wegen der schlechten personellen und finanziellen Ausstattung der Fachinstitute wurden die wichtigsten Forschungsergebnisse von den Studierenden produziert (Meyen 2002, 2004b). Ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die Besten ausgerechnet für zeitungswissenschaftliches Arbeiten zu gewinnen, regten die Bedingungen kaum dazu an, »so intensiv, lang andauernd und kollegial zu arbeiten, wie es für gute Sozialforschung charakteristisch ist« (Oberschall 1997: 219). Die Dissertationen aus den letzten Jahren des Kaiserreichs und aus der Weimarer Zeit lassen sich in Sachen Anspruch und Bearbeitungszeit mit heutigen Magister- oder Diplomarbeiten vergleichen. Karl Bücher schrieb 1908, dass viele dieser Schriften das Papier nicht wert seien, auf dem man sie drucke (vgl. Koenen 2002: 50). Ludwig Preller (1897 bis 1974), der von Bücher zu einer quantitativen Inhaltsanalyse angeregt wurde, kapitulierte zum Beispiel vor der Materialfülle. Preller sollte eigentlich von 31 Tageszeitungen alle September-Ausgaben aus dem Jahr 1920 untersuchen, kürzte das Programm dann aber auf die Hälfte (Preller 1922; Meyen 2002: 157–159). Der Kandidat war über die Aufgabe so verärgert, dass er in der Dissertation generelle Zweifel an der Methode äußerte. Die Statistik eigne sich nicht, um den redaktionellen Teil zu untersuchen. Sie könne bestenfalls äußere Merkmale erfassen, nicht aber Stil und Aufmachung und damit das, was die Tendenz einer Zeitung erst ausmache. Preller beklagte außerdem den großen Zeitaufwand und erwähnte ausdrücklich, dass die Auszählung ein ganzes Jahr gedauert habe (Preller 1922: 44). In dieser Zeit arbeitete er nebenbei bei einer Versicherung (vgl. Meyen 2002: 170).

Dass Ludwig Preller in Leipzig keine Nachahmer fand, könnte auch an den Beziehungen zwischen der Zeitungswissenschaft und den Verle-

gern gelegen haben. Warum sollte eine akademische Disziplin, die auf Wunsch der Berufsverbände institutionalisiert worden war und finanziell von diesen abhing (vgl. Kapitel 3), etwas untersuchen, was die Mäzene nicht wünschten (vgl. Kutsch 1988b: 23)? Mit der Versozialwissenschaftlichung des Faches ist nicht nur dieses Hindernis kleiner geworden. Kollektivarbeit ist in der empirischen Forschung längst Normalität, und ein Heer von Studierenden steht für Abschlussarbeiten und aufwändigere Untersuchungen bereit. Dass viele der Anregungen Max Webers erst nach Jahrzehnten umgesetzt worden sind, spricht nicht gegen seine »Enquête über das Zeitungswesen«.